

„Die Giche“

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands S.-D.

Abonnementspreis pro Monat: 30 Goldpfennig.

Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschl. Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221-22

Alle Zuschriften für die „Giche“ an H. Wenzel, Ullm a. D., Reichstr. 47, Telefon 1442. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 221. Geschäftsbesprechungen an H. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222. Postfachkonto 20 221 beim Postfachamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 6-gespaltene Beitzelle 20 G.-Pf., Arbeitsmarkt 15 G.-Pf. Ortsvereinsanzeigen 10 G.-Pf.

Bekanntmachung.

Die Ablehnung des Mantelvertrages für die Deutsche Holzindustrie seitens des Arbeitgeberverbandes zwingt auch unsere Organisation zu erneuter Stellungnahme, wobei die ganze Wirtschaftslage weitgehendste Berücksichtigung finden mußte. Der Hauptvorstand unterzog daher in seiner letzten Sitzung die Berichte der Bezirksleiter und der einzelnen Ortsvereine einer eingehenden Prüfung. Von allen Seiten wurde Ausbau unserer Beitrags- und Unterstützungs-Einrichtungen gefordert, wobei manche Wünsche sehr weitgehend waren.

Nach eingehender Aussprache wurde folgender einstimmiger Beschluß gefaßt:

1. Die Streck- und Aussperrungs-Unterstützung wird mit sofortiger Wirkung erhöht.
2. Die sozialen Unterstützungen sollen ab 1. Januar 1925 wieder in Kraft gesetzt werden.
3. Die Höhe der Unterstützungssätze wird im Einverständnis mit den Bezirksleitern und den auswärtigen Hauptvorstandsmitgliedern durch eine besondere Kommission festgesetzt.
4. Die Unterstützung wird nur denjenigen Mitgliedern gezahlt, welche den von der Hauptleitung in Gemeinschaft mit den Bezirksleitern festgesetzten Beitrag gezahlt haben.

Der Hauptvorstand hat durch diesen sehr weitgehenden Beschluß den vielen Wünschen und den gegebenen Verhältnissen Rechnung getragen. Von den Vorständen, sowie den einzelnen Mitgliedern wird erwartet, daß sie ihre ganze Kraft für zeitgemäße Beitragszahlung und Gewinnung neuer Mitglieder einsetzen.

Nur so ist es möglich, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und die Interessen der Kollegen zu wahren. Die Krise ist noch keinesfalls überwunden, es machen sich nur keine Anzeichen einer Besserung bemerkbar. Jeder Kollege muß sich daher bewußt sein, daß er nicht nur Rechte an die Organisation hat, sondern auch Pflichten derselben gegenüber zu erfüllen hat.

Der Hauptvorstand.

Der internationale Kongress für Sozialpolitik 1924.

Nachdem der Krieg und die ihm folgende Reihe wertvolle Verbindungen internationaler Art zerfallen hatte, beginnen jetzt infolge Abriistung des Hafens und der sich allmählich anbahnenden Völkerverständigung internationale Verbindungen wieder aufzuleben. Der in Prag, der Hauptstadt der tschecho-slowakischen Republik, in der Zeit vom 2.-5. Oktober tagende Internationale Kongress für Sozialpolitik ist als eine Wiederaufnahme der vor dem Kriege sehr wirksamen internationalen Verständigungsversuche über die Notwendigkeit der Sozialpolitik und des Ausmaßes derselben, anzusehen. Wissenschaftler, Parlamentarier und Minister, Gewerkschaftsführer aller Richtungen, Vertreter öffentlicher Unternehmungen, also Vertreter sämtlicher Bevölkerungskreise, bildeten die weit über 1000 Teilnehmer die aus 28 verschiedenen Staaten dem Kongress offiziell beiwohnten. Die deutsche Delegation umfaßte 90 offizielle Vertreter. Die Organisationen des Gewerkschaftsringes waren mit 5 Vertretern beteiligt. Auch Vertreter unserer befreundeten holländischen Organisation wohnten den Verhandlungen bei.

Als Vorsitzender des Kongresses wurde Alb. Thomas, der Direktor des internationalen Arbeitsamts in Genf gewählt. Im Ehrenpräsidium saßen u. a. der französische Arbeitsminister Gobard, der tschecho-slowakische Sozialminister Habermann, der 20-jährige Arbeiterführer Greulich-Büsch und von deutscher Seite der bekannte Vorkämpfer für Sozialpolitik Professor Brentano. Die Verhandlungssprachen waren deutsch, englisch und französisch, sowie in Rücksicht auf den Tagungsort auch tschechisch. Die einzelnen Verhandlungsgegenstände waren durch schriftliche Generalberichte in Form von Richtlinien, die als Unterlage für die Debatten dienen sollten, vorbereitet. Sie kamen aber viel zu spät in die Hände der Teilnehmer. Auch fehlten vielfach die notwendigen Uebersetzungen.

Das erste Thema der Behandlung: „Die Weltlage der Sozialpolitik“ führte eine allgemeine Debatte über die Sozialpolitik herbei, in der die Sozialpolitiker der Industriestaaten zu Worte kamen. Von deutscher Seite sprach Reichsratsgeordneter Dr. Pieper. Die Ausführungen aller Redner ließen als Rück- und Ausblicke erkennen, daß nach dem Kriege die soziale Reform unter verschiedensten Situationen zu

*) Siehe auch „Wirtschaftliche Selbstverwaltung“ Nr. 9.

leiden hatte. Die Darlegungen enthielten aber auch starke Bekenntnisse, das Wirken für eine möglichst weitgehende Förderung der Sozialpolitik mit ungeschwächtem Eifer fortzusetzen, um Menschenwürde und Staatsbürger-sinn der Arbeitnehmererschaft zu erhalten und zu stärken und damit feste Grundlagen zu schaffen für eine günstige Entwicklung namentlich der Industriestaaten.

Das zweite Thema: „Die Grundlagen einer neuen Sozialpolitik“ war unterteilt. Die Frage des Achtstundentages, als das brennendste Problem rief eine umfassende und lebhafteste Debatte hervor. Die meisten Redner sprachen sich für den Achtstundentag und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aus. Tobler, ein schweizer Unternehmer, legte dar, daß eine 48-stündige Arbeitswoche, trotz der notwendigen Steigerung der Produktion zweckmäßig sei. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist das allerungeeignetste Mittel zur Produktionsmehrung. Die bessere Auswahl der Arbeitskraft und rascher Abbau der Lebenshaltungskosten sind geeignetere Mittel. Die Ausführungen Professor Brentanos riefen eine lebhafteste Bewegung hervor. Der alte Kampf im Kampfe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und für den Achtstundentag wies darauf hin, daß nach der Verarmung Deutschlands durch die Ruhrbesetzung der Völkervertrag und das Washingtoner Abkommen unvereinbar miteinander seien. Der Versailler Friedensvertrag führe nicht zur Befreiung der Arbeiter, sondern zur Verklavung derselben. Die alliierten Länder sollten dafür sorgen, daß der Kultur aller Völker der Untergang drohe, denn solange Deutschland ohne Entschädigung Reparationsleistungen in die Siegerstaaten werfen müßte, solange gibt es in Europa Arbeitslosigkeit und keinen sozialen Frieden. Die Arbeitervertreter Frankreichs und Belgiens polemisierten gegen die Ausführungen. Auch der Vorsitzende griff in die Debatte ein. Der deutsche Arbeitervertreter Umbreit schilderte die zeitigen Arbeitsverhältnisse in Deutschland. Auch der Achtstundentag hat in vielen Fällen eine Produktionssteigerung gebracht. Der Wissenschaftler, Professor Dr. Grünberg-Frankfurt a. M. trat den Ausführungen Brentanos entgegen, verteidigte ihn aber gegen die Angriffe der Ausländer. Nicht gegen den Achtstundentag habe Brentano gesprochen, nur gegen seine Einhaltung unter den für Deutschland gegebenen Verhältnissen. Der Redner selbst erklärte sich für die Ratifizierung. Das seelische Moment darf nicht unberücksichtigt bleiben. Erst müssen die Menschen wieder aufgebaut werden, dann werde sich die Wirtschaft von selbst wieder aufbauen — Eine Entschließung für den Achtstundentag wurde einstimmig angenommen. — Professor Brentano war der Abtinnung fern geblieben. Die Entschließung selbst hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer gehoben, ihr Familienleben günstig beeinflusst, ihnen größere Möglichkeiten zu allgemeiner und beruflicher Ausbildung gewährt, das Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verleiht hat.

in Erwägung, daß nachweislich der Achtstundentag weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu steigern geeignet ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Verbollkommnung der Arbeitsmittel Hand in Hand gehen,

in Erwägung, daß der soziale Wert des Achtstundentages ein so überwiegender ist, daß die Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur es nicht zu rechtfertigen vermögen, in einzelnen Ländern Maßregeln zu ergreifen, welche die Gefahr mit sich brächten, daß die allgemeine Anwendung des Achtstundentages aufgegeben und so soziale Kämpfe berührt würden,

fordert der Kongress, in der Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation sind.“

Die Betriebsrätefrage, für welche 2 Berichte vorlagen, wurde von dem damaligen österreichischen Staatskanzler Dr. Renner-Wien als ersten und Professor Dr. Heyde-Berlin als zweiten Berichterstatter einleitend besprochen. Dabei betonte der erste Referent, daß seine in zehn Leitsätzen festgelegten Forderungen hinter seinen eigenen, berechtigten Wünschen zurückblieben, denn in dieser Frage seien die osteuropäischen Länder Deutschland und Österreich und die tschecho-slowakische den Westländern vorausgegangen. Die Betriebsräte müssen als Grundlage einer hierarchisch gegliederten Organisation der Industrie, die Arbeitnehmer und Unternehmer paritätisch gleichberechtigt zur Zusammenarbeit in wichtigen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik in übergeordneten Organisationen dienen.

Dr. Heyde legte das Hauptgewicht seiner Darlegungen auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben. Zu dieser Frage sprach auch der 2. Vorsitzende des Gewerkschaftsringes, Kollege Schneider-Berlin, der auf die Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz in Deutschland hinwies und forderte, daß die Betriebsräte Organe der Gewerkschaften bleiben müssen, wie es die deutsche Gesetzgebung vorsieht, weil die Unternehmern dahin wirken, die Betriebsräte zum Kern von Wertsgemeinschaften zu machen. Kritisch standen der Betriebsrätefrage gegenüber ein spanischer Arbeitervertreter und die Vertreter einiger nordischen Länder. Auch ein Engländer äußerte Bedenken gegen eine zwangsweise Einführung auf gleichem Wege und ein Franzose gleichfalls in Rücksicht auf die Genossenschaften. Nachstehende Entschließung wurde in 271 gegen 21 bei zahlreichen Stimmenthaltungen angenommen:

„Es ist notwendig, allen arbeitenden Menschen in allen Zweigen des Wirtschaftslebens: in Produktion, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, auf Organisation und Verwaltung der Wirtschaft Einfluß einzuräumen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, begrüßt der Kongress mit Freude und Genugtuung die in mehreren Ländern Europas eingeführte und nunmehr schon bewährte Betriebsräteverfassung. Der Internationale Kongress für Sozialpolitik steht auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, die Arbeiter sowohl im Rahmen ihres Berufes, als auch ihres Landes zur Mitarbeit an der methodischen Betriebsführung im Interesse einer Hebung der Produktion heranzuziehen. Er verlangt daher, daß in den Unternehmungen auf gesetzlichem Wege und unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder Vertretungen der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden, mit der Aufgabe, im Einbernehmen mit den Gewerkschaften über die Ausführung der Arbeitsverträge zu wachen und an der Ausarbeitung und Einhaltung der Fabrikordnungen in allen Fragen mitzuwirken, die sich insbesondere auf die Festsetzung der Ruhepausen, der Urlaube und der Ferien, auf die Einhaltung der Mindestlöhne, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, auf die Methoden und Lohnzahlung, auf Maßnahmen der Hygiene, der Unfallverhütung und Berufserhaltung, auf die technische Einrichtung und Verbesserung der Betriebe und auf die industrielle und technische Erziehung beziehen.

Der Kongress ist der Auffassung, daß neben der Schaffung dieser Einrichtung auch eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Organisationen der Unternehmer in wichtigen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik gefördert werden sollte.“

Für das Arbeitslosenproblem liegen gleichfalls umfassende Berichte vor, die von Lazzary (Frankreich) und Dr. Sbrup (Deutschland) besprochen wurden. Bei der umfassenden Förderung dieser wichtigen Materie nahm als deutscher Redner der ehemalige Minister Giesberts das Wort und betonte, daß die Arbeitslosigkeit vielfach eine Folge der auf dem Weltmarkt herrschenden Anarchie sei. Deshalb müßten alle Handelsvertragsverhandlungen im Geiste sozialer und nationaler Verböhnung geführt, denn die Weltwirtschaft müsse gestärkt und gehoben, nicht aber zerstört werden. Bei dieser Debatte beschränkten sich die Vertreter der tschecho-slowakischen Volksteile der tschecho-slowakischen Volksstämmen die Gleichberechtigung hinsichtlich der Sozialpolitik leider nicht gegeben sei, indem die Verwaltungsbehörden bei Besetzung von Stellen, ferner bei der beruflichen Schulung und hinsichtlich der Stellenpolitik dieser Volksteile im vermeintlichen Interesse der zwangsweisen Herbeiführung eines einheitlichen Nationalstaates, zurücksetzten. Der Vorsitzende bezeichnete diese Proteste als politische Fundgebungen, die er nicht zulassen könne. Das Resultat dieser Beratungen war die einstimmige Annahme folgender Entschließung:

„Der internationale Kongress für Sozialpolitik betont die Notwendigkeit, mit Hilfe der Regierungen im Sinne des Ergebnisses der Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisation die verschiedenen Maßnahmen weiter auszugestalten, die bis jetzt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und Berufsberatungsstellen durch Berichterungseinrichtungen und durch eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Arbeiten unter Bedachtnahme auf den Kreislauf des Wirtschaftslebens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind. Der Kongress ersucht die Anhänger des sozialen Fortschritts in allen Ländern, die Verhütung von Arbeitslosigkeitskrisen außerdem durch allgemeine wirtschaftliche Maßnahmen, sowie insbesondere dadurch anzustreben, daß von den Regierungen die Befolgung einer Politik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus nach den Beschlüssen der internationalen Konferenzen in Genua im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas gefordert wird.“

Für die Weiterentwicklung der sozialen Reform bedeutete der Kongress sicherlich einen Erfolg. Er hat sich auch als geeignet erwiesen, die so bitter notwendige Völkerverständigung zu fördern. Treffende Worte für die Notwendigkeit eines Ausbaues

